

# Komitee Inseli-Initiative NEIN

Hirschmattstr. 36, 6003 Luzern

**Medienkonferenz vom 22. August 2017**

**Referat Peter With, Grossstadtrat/Präsidentin SVP Stadt Luzern**

Es gilt das gesprochene Wort.

---

## **Die wegfallenden Carplätze hätten unabsehbare Folgen für Luzern**

Als die Inseli-Initiative im Mai 2015 eingereicht wurde, genoss sie auch im bürgerlichen Lager Sympathien. Mit der Erwartung an ein Verkehrskonzept, das Verbesserungen durch Grossraum-Parkieranlagen und Erweiterungen der Carparkplätze versprach, konnte man sich eine Umgestaltung des Inseli durchaus vorstellen. Inzwischen wurde aber von der Öko-Allianz die Diskussion um ein mögliches Musegg-Parking frühzeitig abgebrochen, und die vom Stadtrat vorgeschlagenen Erweiterungen der Carparkplätze fand im Grossen Stadtrat keine Mehrheit. Durch die Umsetzung der Initiative würden also die Carparkplätze und auch die Anhalteparkplätze alternativlos wegfallen – mit unabsehbaren Folgen für die Touristenstadt Luzern. Aus diesem Grund bekämpft eine grosse Allianz aus FDP, CVP, SVP, Wirtschaftsverband, City-Vereinigung, Luzern Hotels, Gastro-Region Luzern und privaten Vertretern wie die Schifffahrtsgesellschaft des Vierwaldstättersees und Vertretern der Luzerner Herbstmesse wie Urs Doggwiler oder Lisa Zanolla diese Initiative nun.

Inzwischen fällt auf, dass sich der Stadtrat unerwartet stark für die Initiative engagiert. Er betont auch bei jeder Gelegenheit, dass die Mäas weiterhin auf dem Inseli sein werde. Dabei erwähnt er jeweils bestenfalls am Rande, dass diese Sicherheit keineswegs für den Lunapark gilt. So schreibt der Stadtrat im Bericht und Antrag zur Inseli-Initiative:

*«Es wird ... geprüft, wie den Ansprüchen des Lunaparks Rechnung getragen werden kann: Durch eine Verdichtung bestehender Standorte, durch eine (teilweise) Verschiebung auf benachbarte Standorte und/oder durch entsprechende Gestaltung des Inselis (tragfähiger Schotterplatz).»*

Es darf aber bezweifelt werden, dass ein Schotterplatz der Forderung der Initiative nach *«einer Erweiterung der dort bestehenden Grünfläche»* entsprechen würde. Vielmehr ist zu erwarten, dass nach der Annahme der Initiative auf dieser Extremforderung beharrt würde, genauso wie es bereits bei der Bahnhofstrasse der Fall war. Gemäss der damaligen Initiative aus den gleichen Kreisen hätte sie *«wenn möglich autofrei»* neugestaltet werden müssen, nach der Abstimmung wollte das Abstimmungskomitee jedoch die Maximalforderung umgesetzt haben.